

Sharing-Economy: Ruhe bewahren

In der Politik wecken die boomenden Webplattformen der Sharing-Economy einen gewissen Aktivismus. Statt voreilig Verbote und Einschränkungen zu erlassen, sollte die Wirtschaftspolitik besser prüfen, ob bestehende Regelungen heutzutage noch sinnvoll sind. *Simon Jäggi*

Abstract Neu an der Sharing-Economy ist aus ökonomischer Sicht nicht das Teilen an sich, sondern die Art und Weise, mit welcher die Marktteilnehmer zusammengeführt werden: Internetplattformen ermöglichen eine effizientere Vermittlung von Gütern und Dienstleistungen als klassische Verkaufsstellen wie Buchhandlungen oder Reisebüros. Die Transaktionskosten – also der Aufwand für die Suche, die Abwicklung und die Qualitätskontrolle – sind im Web oft tiefer als in der «old economy». Aus wirtschaftspolitischer Sicht empfiehlt sich daher eine pragmatische Herangehensweise. Dabei zeigt sich: Bestehende Regulierungen reichen oft aus oder sind gar nicht mehr nötig.

Die Sharing-Economy und ihre Auswirkungen sind in aller Munde. Entsprechend ist die Spannweite der Prognosen riesig. Sie reicht teilweise bis zur Prophezeiung der kompletten Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft verbunden mit der Forderung nach staatlichem Aktivismus. Auch wenn die Auswirkungen vermutlich nicht ganz so heftig sein werden, ist doch mit Veränderungen zu rechnen. So bringt die Digitalisierung beispielsweise die traditionellen Geschäftsmodelle von Reisebüros und Taxiunternehmen unter Druck.

Innovation und Strukturwandel sind wichtige Konstanten in einer funktionierenden Volkswirtschaft. Eine gute Wirtschaftspolitik ermöglicht beides und setzt den richtigen Rahmen, damit sich Beschäftigte sowie Unternehmen an neue Produktionsmethoden und Vertriebskanäle anpassen können. Ein Erhalt von nicht mehr überlebensfähigen Strukturen wäre teuer und würde zu Wohlstandsverlusten führen. Es ist kein Novum, dass neue Technologien bewährte Geschäftsmodelle herausfordern.

Bevor neue Regulierungen erlassen werden, lohnt sich ein ökonomischer Blick auf die Sharing-Economy und die Frage, was daran wirklich neu ist. Die Idee – im Sinne von Teilen oder Mieten – gibt es schon sehr lange. Man denke zum Beispiel an die gemeinsame Waschküche, Bibliotheken oder Bauern, die sich einen Mähdrescher teilen. All diese Produkte werden von den Nutzern nicht selbst besessen, sondern gegen ein Entgelt zum Gebrauch überlassen. Auch das Taxi, die Autovermietung oder die Reka-Ferienwohnung sind keine Erfindungen des 21. Jahrhunderts.

Ökonomische Triebfeder dieser Tausch- und Mietwirtschaft ist oft, dass sich ein Erwerb eines einmalig genutzten Gutes gegenüber einer Miete nicht ausbezahlt. Es werden temporär ungenutzte Produkte und Dienstleistungen «geteilt» und somit effizienter genutzt.

Doch wieso setzten sich solche – vermeintlich effizienzfördernde – Modelle in der «old economy» nicht öfter durch? Hierfür gibt es mehrere Gründe. Erstens resultieren teilweise erhebliche Transaktionskosten. Man muss das gewünschte Objekt zuerst ausfindig machen (zum Beispiel via Telefonbuch), es muss zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügbar sein (die gemeinsam genutzte Waschmaschine), man muss es irgendwo abholen und später wieder zurückbringen (bei der Autovermietung), zudem muss es in einwandfreiem Zustand zu einem bestimmten Zeitpunkt, welcher auch ungelegen kommen kann, zurückgebracht werden. Immanent beim Teilen ist zudem die ungleich verteilte Information über die Qualität des gewünschten Mietobjekts (das Ferienhotel).

Weltweites Nutzerfeedback als Plus

Typischerweise stellt der Markt Dienstleistungen zur Verfügung, welche Informationsasymmetrien sowie Transaktionskosten für Kunden erheblich senken. Gut illustrieren kann man dies anhand eines Reisebüros. Im besten Fall senkt der Anbieter nicht nur die Transaktionskosten bei der Buchung von komplexen Reisen, sondern beseitigt auch die unerwünschte Informationsasymmetrie, indem er ein

Hotel bucht, welches effektiv den Wünschen des Kunden entspricht.

Hier ist eine zentrale Innovation der neuen Technologien auszumachen, welche unter anderem in der Sharing-Economy Anwendung findet. Sie ermöglichen dank weltweitem Nutzerfeedback einen Informationsaustausch, wodurch die unerwünschten Informationsasymmetrien und Transaktionskosten reduziert oder gar ganz eliminiert werden. Dank Internet kann praktisch die ganze Welt einfach auf dieses Feedback zugreifen sowie zeitnah und ohne grossen Aufwand eine Reise buchen. Für die Kunden ist dies eine ausgezeichnete Nachricht. Dank Tripadvisor, Booking.com und Co. wissen Kunden heutzutage besser über die Qualität Hunderttausender Hotels Bescheid, als es ein Reisebüro je könnte.

Neu ist somit nicht das Tauschen und Mieten an sich, sondern die effizientere Vermittlung der Güter und Dienstleistungen. Viele Technologieplattformen sind im Grunde genommen nichts anderes als Intermediäre, welche die Transaktionskosten und Informationsasymmetrien bei der Vermittlung von Gütern und Dienstleistungen senken. Zu beachten ist, dass sich mithilfe von Internetplattformen derzeit nicht sämtliche Transaktionskosten eliminieren lassen. Darin liegt vermutlich auch der Grund, wieso sich gewisse Sharing-Economy-Modelle – beispielsweise die Vermittlung von selten gebrauchten Haushaltsgeräten wie Bohrmaschinen oder Racletteöfen – bisher nicht richtig durchgesetzt haben. Um eine stärkere Nutzung herbeizuführen, müssten die zu leihenden Gegenstände wohl rasch, lückenlos und somit mit noch tieferen Transaktionskosten verfügbar sein. Ansonsten scheint der Erwerb des Geräts, auch bei seltenem Gebrauch, die attraktivere Option.

Eine schlechte Nachricht ist die technologische Entwicklung für alle Formen der klassischen Intermediation: Viele Reisebüros, Taxizentralen, Musikläden, Videotheken und Buchhandlungen



Sharing-Economy der ersten Stunde: Bibliotheken wie die im 8. Jahrhundert gegründete Stiftsbibliothek St. Gallen.

sind bereits heute von der Bildfläche verschwunden. Darüber hinaus setzt diese Tendenz auch weitere Intermediäre ausserhalb der Sharing-Economy unter Druck – beispielsweise im Finanzsektor durch die elektronische Vermittlung von Versicherungen oder das Crowdfunding. Auch der Handel, welcher ebenfalls eine Intermediationsfunktion wahrnimmt, kämpft stark mit der Onlinekonkurrenz.

Voreilige Verbote vermeiden

Wo soll nun die Wirtschaftspolitik ansetzen? Diesbezüglich kann ein zweistufiges Verfahren wertvolle Erkenntnisse liefern. Erstens ist es ein guter Ratgeber, sich zu überlegen, welche Regulierungen man heute einführen würde, wenn noch keine existierten. Beispielsweise würde man

wohl dem Taxifahrer kaum mehr vorschreiben, ein handschriftliches Fahrtenbuch zu führen, da moderne Autos standardmässig ihre Position über GPS übermitteln können. Überflüssige Regeln wären entsprechend zu streichen. Zweitens ist zu analysieren, inwiefern die heutige Gesetzgebung die neuen Fälle bereits angemessen abdeckt.¹

Wirtschaftspolitisch ein schlechter Ratgeber sind voreilige Verbote. Damit werden nur vermeintlich die bestehenden Strukturen geschützt. In einer globalisierten Welt werden dadurch vor allem Chancen verpasst. Die Erfahrung zeigt, dass sich die technologische Entwicklung nicht durch Regulierungen aufhalten lässt.

Gerade für die Schweiz als ressourcenarmes Land ist es von Bedeutung, dass man den innovationsgetriebenen Struktur-

wandel erkennt, annimmt und die sich bietenden Chancen nutzt. Auch wenn es letztendlich langweilig tönt: Ein bewährtes Rezept hierfür sind im internationalen Vergleich optimale Rahmenbedingungen wie eine generell liberale Wirtschaftsordnung, gut ausgebildetes Personal, zuverlässige und moderne Infrastrukturen, eine verträgliche Steuerlast sowie politische Stabilität.



Simon Jäggi

Dr. rer. oec., stv. Leiter Direktion für Wirtschaftspolitik, Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), Bern

¹ Für eine Übersicht siehe: Bundesrat (2017): Bericht über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft. Bericht des Bundesrats vom 11. Januar 2017.